

2026/I/AUSSEN/1 Kreis Wandsbek

Für ein gemeinsames Einwirken der europäischen Partner auf Israel zur Einhaltung des Völkerrechts in C

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Der Bundesvorstand der SPD und die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD bekennen sich ohne Ausnahme zum Völkerrecht und dessen Einhaltung und setzen sich deshalb dafür ein, dass die deutsche Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Israel nutzt, entschlossen auf einen Stopp des völkerrechtswidrigen Vorgehens in Gaza und der Westbank hinzuwirken. Dazu sollen ein Stopp des EU-Assoziierungsabkommens, eine Aufhebung von Handelserleichterungen sowie eine strikte Kopplung von Waffenlieferungen an eine Verwendungsklausel, die einen Einsatz in Gaza ausschließt, genutzt werden. Die an Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter beteiligten Organe (BMWE, BAFA) sollen die Verwendung dabei im Rahmen ihrer Pflichten nach dem Arms Trade Treaty und dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz kontrollieren. Hierzu gehört explizit die Ablehnung solcher Rüstungsexporte, deren völkerrechtswidriger Einsatz plausibel ist. Sie setzen sich dafür ein, die erfolgte Massengeiselnahme vom 07.10.2023 sofort durch Freilassung aller Geiseln durch die Hamas zu beenden.

Überweisen an

Bundesparteitag